

**Informations- und Kommunikationskultur entwickeln**  
Ein dringender Beitrag zur Entwicklung  
der politischen Kultur in Deutschland

Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 13. bis 15. Dezember 2006  
in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen,  
der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Chancen und Risiken der Entwicklung einer politischen  
Informations- und Kommunikationskultur durch die Medien**

Von Martin Bialecki,  
Leiter Bundesbüro dpa, Berlin

Wer als politischer Journalist in Berlin arbeitet, tut das im sicheren Gefühl, nicht allein zu sein. In der Bundespressekonferenz, der Vertretung der Parlamentsberichterstatte, sind etwa 900 Kolleginnen und Kollegen akkreditiert. 450 sind es im Verein der Auslandspresse. Zusammen mit den Unorganisierten kommen wir auf etwa 1.500 Menschen, die sich in Berlin Bericht erstattend mit Politik beschäftigen. Sie alle sind auf der Suche nach Geschichten und nach Nachrichten, sie alle sollen Wirklichkeit abbilden, Komplexität übersetzen und das Berliner Gewese denen erklären, die es angeht, dem vielgestaltigen Volk nämlich. Was wird wohl dabei herauskommen?

Der Titel „Chancen und Risiken der Entwicklung einer politischen Informations- und Kommunikationskultur durch die Medien“ ist ja nicht unsperrig, vielleicht sogar etwas bedrohlich. Ich möchte Ihnen daher etwas erzählen aus Berlin, von einem Zustand, der treffend „das Aufmerksamkeitsmonster“ genannt wird.

Es soll darum gehen, was es bedeutet, wenn über Politik in Echtzeit berichtet wird, wenn über Streit und Hader allemal lieber geschrieben wird als über den komplizierten Weg eines Gesetzgebungsverfahrens. Welche Rolle die Medien in diesem Teil der Wirklichkeit spielen. In welchem Zustand wir geraten sind, wir, Politik und manche Medien mehr oder minder Hand in Hand. Es ist unmöglich, für diesen Zustand des Hand in Hand eine bessere Beschreibung zu finden als Jürgen Leinemann mit seiner „weichen Knechtschaft eitler Selbstverliebtheit“. Es soll auch darum gehen, warum dieser Zustand durchaus bedrohlich sein kann für die Demokratie. Und ich möchte erklären, warum ich nicht sehr optimistisch bin, dass sich daran auf Sicht etwas ändert. Warum eine ebenso aufrichtige wie funktionale Informations- und Kommunikationskultur in Berlin so schwer zu entwickeln ist.

Den roten Faden sollen dabei drei Begriffe bilden, deren Darstellung nicht immer trennscharf sein wird: erstens Geschwindigkeit, zweitens Wirklichkeit, drittens Aufrichtigkeit.

Erstens: Geschwindigkeit

Wir erleben Politik in Echtzeit. Und es wäre ziemlich unredlich zu behaupten, dass wir von den Nachrichtenagenturen daran nicht durchaus unseren Anteil hätten. Unser Kerngeschäft hat eine ganze Menge zu tun mit Geschwindigkeit. Wir bemühen uns, zumal bei der dpa als größter deutscher Nachrichtenagentur, die ersten zu sein, exklusive Nachrichten für unsere Kunden herbeizuschaffen, für fast alle deutschen Medien. Also sitzen Kollegen mit dem Laptop auf dem Schoß vor Untersuchungsausschüssen des Bundestages, haben vor Parteizentralen das Mobiltelefon schon am Ohr, wenn der große Vorsitzende kommt, um dessen Wegweisungen für den Wald an Mikrofonen und Kameras eins zu eins in die Zentralredaktion durchzugeben, auf dass spätestens 15 Minuten später etwas in die Welt geht, was die Kriterien einer Nachricht erfüllt: neu, wichtig oder interessant.

Oft kommt es in diesen Meldungen zu keinen sehr großen Überraschungen, wenn zum Beispiel der Vertreter einer Regierungspartei seine Arbeit durchaus positiv bewertet, oder wenn die Opposition findet, dass die Regierung mal wieder erheblichen Mist gebaut hat.

Ich habe einleitend aufgelistet, wie viele Journalisten es in Berlin gibt. Werden wir etwas konkreter. Sie können in dieser Stadt zu keinem Termin mehr gehen, bei dem Sie nicht auf mindestens drei Kamerateams treffen. Zeitungen, Magazine, Radiosender, freie Journalisten, Agenturen – und alle, alle wollen mit dem, was sie tun, die Aufmerksamkeitsschwelle derer überschreiten, für die sie liefern. Viele gehen diesem Geschäft mit hoher Profession nach, mit großer Ernsthaftigkeit, bewundernswerter Fachkenntnis und nicht nachlassender Leidenschaft. Anderen aber mangelt es schlicht an jeglicher Ausbildung. Dabei ist Journalismus beileibe nur zu einem Teil

Begabung. Es ist auch schlicht ein Handwerk. Wieder andere wollen vor allem schnell sein, laut und grell. Und das ist dann Teil des Problems. Das Stakkato dieser Berichterstattung, die Flut von Schnipseln und Sätzen, sie erschlägt jeden Kontext. Dieser Kontext wäre aber dringend nötig, um das Ganze zu verstehen, über das da nur in Teilen berichtet wird.

Denn Politik ist anstrengend, sogar außerordentlich anstrengend. Sie ist kompliziert und verzwickelt, vieles geht durcheinander, alle möglichen Dinge müssen erwogen und bedacht werden, dann werden sie wieder verworfen und weggelegt, vielleicht doch nochmals hervorgeholt und schließlich beginnt vielleicht der lange Weg von einer Idee bis zu einem in dritter Lesung verabschiedeten Gesetz.

Für diesen Prozess muss man sich interessieren, wenn man politischen Journalismus betreibt und diesen nicht betreiben möchte wie das Verkaufen von Kaffeemaschinen oder Semmeln. Dieser Prozess dauert lange, er verlangt von allen Beteiligten Beharrlichkeit und Geduld. Auch von den Journalisten. Medien dürfen sich weder vom Druck der Geschwindigkeit noch von immer komplexer wirkenden Marktmechanismen dazu verleiten lassen, so zu tun, als sei Politik entweder etwas allzu Schlichtes, Banales oder aber ein Geschäft, das vor allem von korrupten Dunkelmännern betrieben wird.

Im Sinne einer besseren Kommunikationskultur, also einem besseren Verstehbarmachen von Politik, wäre schon viel gewonnen, wenn sich alle Medien an ein paar Grundregeln hielten: Ich berichte nichts, was ich nicht selber verstehe. Ich beteilige mich nicht an Treibjagden. Ich lege kein falsches Zeugnis ab. Ich versuche, nicht geschwätzig und/oder eitel zu berichten. Ich recherchiere selber und schreibe nicht von anderen ab. Ich halte mich an die Fakten. Das wäre ein erster Schritt. Vollkommen zu Recht hat der Bundespräsident vor ein paar Wochen darauf hingewiesen, dass die Medien nicht umsonst unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen. Ein Schutz, den die Verfassung beileibe nicht jedem zugesteht. Es ist vielleicht banal, dass die Kehrseite jeder zuerkannten Freiheit die besondere Verantwortung ist. Aber wenn sich alle politischen Journalisten darüber im Klaren wären, dass das auch für sie selber gilt, für jeden Einzelnen, kämen wir vielleicht einen weiteren Schritt voran. Das, was wir schreiben, hat viel konkretere Auswirkungen auf die Allgemeinheit und auf die Menschen als das Tun der meisten anderen Berufe. Oft wird vergessen, was man als Medium anrichten kann, wenn man über jemanden richtet.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch – Aufgabe der politischen Journalisten ist es nicht, der Regierung das Handeln zu erleichtern. Natürlich sollen wir ihnen auf die Finger schauen, ausreichend argwöhnisch sein und notwendigerweise misstrauisch. Aber der Zustand, den wir vor allem in Berlin erreicht haben, ist einer der Überhitzung. Wir sind zu schnell geworden, wir kümmern uns nicht immer um die richtigen Dinge, wir springen auf Züge, auf denen sowieso schon zu viele andere sitzen. In einer Diskussion wurde neulich auf den Nachrichtenwert der Unterschiedlichkeit hingewiesen. Das heißt: Geschichten, die vom Mainstream abweichen, haben eine große Chance, beachtet zu werden.

Für eine bessere Informations- und Kommunikationskultur müssen Journalisten einsehen, dass sie Politik beschreiben sollen. Beschreiben – und nicht machen. Sie sollen sich mehr um die Botschaft kümmern, und nicht nur um den Boten. Viele von Ihnen wissen, dass es hier einen starken, gegenläufigen Trend gibt. Er heißt Personalisierung. Geschichten über Menschen sind etwas Großartiges. Wenig macht mehr Spaß, als mit ausreichender Zeit einen Menschen für eine Reportage zu begleiten. Aber in der Politik eignet sich die Personalisierung eben nicht für jedes Thema, eigentlich sogar für die wenigsten. Wenn eine Familienministerin sieben Kinder hat, ist das ein starkes Thema, gar keine Frage. Aber wie lange hat es gedauert, bis auch eine Berichterstattung darüber stattfand, um welche Inhalte es dieser Frau vielleicht gehen könnte? Familien-

themen lassen sich in ihrer Komplexität nicht unbedingt vollständig erfassen, wenn man seine Berichterstattung ausschließlich auf das Privatleben von Frau von der Leyen konzentriert.

Oft ersetzt in solch politisch gemeinter Berichterstattung Häme den Stil. Das Ergebnis kann nur Zyniker befriedigen, von denen es allerdings gerade in Berlin eine ganze Menge gibt. Hans-Jochen Vogel hat vor kurzem gesagt, es wäre doch mal ganz hilfreich, wenn Medien bei aller nötigen Kritik auch des öfteren mal äußerten, was sie eigentlich gut finden. Ein überhandnehmender Negativismus, sagt Vogel, nähre die Politikverdrossenheit.

Manche Berichterstattung läuft tagelang weitgehend losgelöst von den Fakten. Besonders gut eignen sich dafür Streit und Hader. Endlich passiert mal was. Endlich fliegen die Fetzen. Ein Beispiel: Struck kritisiert Merkel. So was passiert. Aber dann wird die Berliner Kettensäge angeworfen. Struck kritisiert Merkel? Immer wieder Streit in der Regierung. Hat Merkel die Regierung noch im Griff? Erst ein Jahr im Amt, schon am Ende? Infokasten: Bedingungen für die Neuwahl. Fragen wir einen Politikwissenschaftler: Wie schätzt er die Durchsetzungskraft weiblicher Regierungschefs ein? Noch am gleichen Tag werden Schnell- oder Blitzumfragen gemacht. Und wenn dort 402 von 800 garantiert repräsentativen Menschen sagen, ja, irgendwie streitet die Regierung zu viel, dann hat kaum ein Institut Hemmungen, zu vermelden: Deutschland will den Wechsel.

Und wenn das dann auch noch gedruckt und versendet wird, versehen mit einer Unmenge ebenso freiwilliger wie sinnloser Reaktionen aus der Politik, dann wurden vielleicht Meinungen gemacht und Urteile gefällt. Nur – ein Journalismus, der im Sinne der Aufklärung betrieben worden wäre, der blieb dabei nun leider auf der Strecke.

Noch ein Beispiel: Ein Magazin spricht mit Frank-Walter Steinmeier, Außenminister. Frage: Ob Steinmeier sich an eine Situation erinnern könne, in der Rot-Grün so verworfen war wie heute die große Koalition? Steinmeier sagt, er könne sich nicht erinnern, dass das Wohl und Wehe einer Regierung scheinbar an einem Gesetzgebungsverfahren hing. In seiner Antwort nimmt er weder Bezug auf die Gesundheitsreform, noch erwähnt er sie. Als nächstes fragt das Magazin, ob Frau Merkel eigentlich regieren könne. Steinmeier antwortet: Sie stellen diese Frage wegen des Streits um die Gesundheitsreform. In der Fassung des Interviews, die das Magazin vorab an die Nachrichtenagenturen verbreitet hat, steht dann: Steinmeier kritisiert die große Koalition wegen des Streits um die Gesundheitsreform. Und belegt wird das mit dem Satz: „Ich kann mich nicht erinnern, dass das Wohl und Wehe einer Regierung scheinbar an einem Gesetzgebungsverfahren hing.“ So etwas ist nichts als reine Manipulation.

Was wir erleben, ist eine Virtualisierung der Politik. An ihrer Wiege stehen zum einen immer weniger Recherchen, zum anderen immer schnellere Möglichkeiten der Übermittlung. Bei diesem Thema kommt man an der Macht der Bilder natürlich nicht vorbei. Denn nur ganz im Anfang war das Wort. Und dann kam das Bild, und damit begannen eine Menge Probleme. Ein Thema kann noch so relevant sein – wenn es keine Bilder dazu gibt, dann wird es schwer. Auf der anderen Seite lassen sich mit Bildern trefflich Themen und Menschen in Szene setzen. Dieser Aspekt ist weder neu noch originell – aber wir müssen uns bewusst sein, dass dieser Prozess immer weiter voranschreitet.

Es ist atemberaubend, wie oft hochrelevante Themen und angemessen breite Berichterstattung mittlerweile entkoppelt sind, wenn es vermittels einer wie auch immer gearteten Bildsprache nicht sofort gelingt, den Kern des Themas auf einer Fläche erklärbar zu machen, die nicht größer sein darf als die Rückseite einer Milchtüte. Das führt allerdings dazu, dass Debatten um die wirklich wichtigen Dinge nur kurz aufflammen und dann – auflagen- oder quotenabhängig – wieder

verlöschen. Natürlich müssten wir mehr wissen über die EU-Verfassung. Natürlich ist Bio-Technologie eines der relevantesten und am meisten Zukunft bewegenden Themen der Zeit. Und, ja, die Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung, vulgo Föderalismusreform, ist von eminenter Bedeutung dafür, dass das Land anhaltend aus dem Quark kommt. Das Problem, das EU-Verfassung, Bio-Technologie und Föderalismusreform aber gemeinsam haben, lautet: Es gibt kaum vernünftige Bilder. Also flackern die Themen immer wieder kurz auf, und dann verlöschen sie.

Wer also eine bessere Informationskultur durch die Medien fordert, und hier kommen wir mal in einem kurzen Einschub zum Empfänger des ganzen, der muss sich auch interessieren für die Dinge. Der muss sie lesen, die Bleiwüsten, die langen Geschichten, die inhaltlich schwierigen Passagen. Wenn sich ein guter Journalist wirklich Mühe gegeben hat, dann sollte er seinen Teil dieser Informationskultur erledigt haben. Nun kommt es schon darauf an, dass man sich informieren will. Dass man verstehen will. Wer das gar nicht erst versucht, der soll nachher nicht jammern. Einschub Ende.

Auch in der politischen Berichterstattung werden immer mehr Mittel des Boulevards eingesetzt: Skandalisierung, Brutalisierung und Banalisierung. Je reizintensiver, so die Hoffnung, desto besser die Quote, die Auflage oder der Marktanteil. Und das soll ungefährlich sein für einen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft?

Information ist ein Lebenselixier demokratischer Gesellschaften, und zu Informationen gehören ohne Frage auch Bilder. Den Risiken dieser Tatsache können wir nicht ausweichen – weder die Politiker noch die politischen Journalisten.

Denn bei aller Dynamik, die die Veränderungsprozesse im Mediensektor auch weiterhin kennzeichnen wird, werden einige Konstanten bleiben. In der gewaltigen Flut der Informationen werden die Bürger den „Öffentlichen Angelegenheiten“ nicht das größte Interesse zumessen. Dann aber könnte es passieren, dass zwar Informationen immer leichter zugänglich sind, aber auch immer leichter an allen vorbeigehen. Wenn man das zu Ende denkt, werden die politischen Journalisten zu reinen Transporteuren von Infos, News, O-Ton-Schnipseln, Inszenierungen und so genanntem content. Politik aber braucht dingend öffentliche Kommunikation, sie muss belüftet werden und gelegentlich auch beatmet. Den Medien stünde die eine oder andere Reflexion über sich selbst gut zu Gesicht. Zum Beispiel über einen etwas differenzierteren Umgang mit dem Faktor Zeit.

Soviel zunächst zum Thema Geschwindigkeit.

Nun zum Begriff der Wirklichkeit, der Wahrheit und des Vertrauens.

Die Politiker sagen gern, dass die Medien schuld sind. Tatsächlich heizen fragwürdige Meldungen die Situation an, ich habe das vorhin erwähnt. Doch anders als Politiker vermuten, steckt dahinter keine Strategie. Die Journalisten stehen genauso unter Stress wie die Politiker, wenn auch aus anderen Gründen. „Die Zeit“ schrieb im September: „So entsteht Politik als Produkt einer Jagd von Gejagten, zufällig, unfallträchtig.“ Daran ist viel Wahres.

Wolfgang Thierse sagte als Präsident des Bundestags nicht ohne Verzweiflung, die Medien kämen hervorragend ohne jeden Bezug zur Realität aus. Wolfgang Clement kritisiert die Ausflucht in eine massenmediale Amerikanisierung, die sich etwa in der durchschlagenden Quotenorientierung der Fernsehsender äußere, oder in Selbstinszenierungen der Massenmedien.

Denn daraus folgt, dass Politik angesichts dieser Entwicklungen sich nicht auf ihre ureigensten Fähigkeiten besinne, sondern auf eine scheinbar unterhaltsamere Politikvermittlung. Im Extremfall wird so aus einer politischen Symbolpolitik eine Scheinrealität. Das Medienpublikum erkennt sie aber nicht auf Anhieb als solche, sondern verwechselt sie mit der politischen Wirklichkeit. Die Frustrationen, die sich daraus ergeben, sind immens. Sie werden vor allem für die Politik immer problematischer.

Michael Spreng war Berater von Edmund Stoiber in dessen Zeiten als Kanzlerkandidat. Spreng sagt: „Kommunikation ist in der Politik genau so wichtig oder manchmal sogar noch wichtiger als die Inhalte.“ Wenn man das weiß, dann wird man das nächste Mal vielleicht etwas genauer anhören, wenn ein Politiker sagt, er müsse einfach seine Inhalte besser rüberbringen, man weiß ja nie, was er noch mit einem vor hat.

Die gegenseitigen Vorwürfe im Berliner Kommunikationszirkus sind reichhaltig. Politiker nennen pulkweise auftretende Journalisten „Meute“ und attestieren ihr ein entsprechendes Verhalten. Die Politiker beklagen sich über die Zudringlichkeit derselben Leute, in deren Mikrofone oder Kameras sie dann bei nächst passender Gelegenheit vor prächtigen Berliner Kulissen Stellungnahmen hineinsprechen. Hier wäre im Sinne der Entwicklung einer anständigen Kommunikationskultur zwischen beiden Seiten schon viel gewonnen, wenn man aufrichtiger und wahrhafter miteinander umginge. Darf man ein Diktum von Wittgenstein auf Berlin ummünzen? Das hieße dann etwa: Worüber man nicht in einem Aufsatze von zehn Sekunden sprechen kann, davon muss man schweigen. Das beträfe dann in der Summe so viele Themen, dass vielleicht ausreichend Luft bliebe für einen erhellenden und erklärenden Beitrag.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat zur Qualität der Beurteilungen und Einschätzungen der Politik durch Journalisten eine interessante Theorie. Er sagt, es gebe in der Kommentierung und Wahrnehmung des Formats und der Qualität von Parlamentariern sowieso einen quasi selbstverständlichen Zyklus von zehn Jahren. Alle zehn Jahre wird die jeweils gerade nicht mehr aktive Politikergeneration zum leuchtenden Beispiel für vorbildliche Parlamentarier erklärt. Die hätten eben noch gewusst, worum es geht. Dagegen die heutigen Amtsinhaber! Alle korrupt und komplett unfähig. Bis sie dann in etwa zehn Jahren wiederum zu Vorbildern und Leuchttürmen erklärt werden. Wenn das so ist – was würde eine solche Berichterstattung wohl in den Köpfen derer verursachen, für die Politik eigentlich gemacht wird?

Wenn wir über den Komplex Wirklichkeit, Vertrauen und Wahrheit sprechen, müssen wir einen weiteren Aspekt berücksichtigen. Wenn ein kritisches Papier in einem Ministerium erstellt wird, kann man einigermaßen sicher sein, dass es zwei Wochen später im „Spiegel“ oder mit „Jetzt sind sie verrückt geworden“-Duktus auf der Titelseite einer auflagenstarken Zeitung prangt. Das ist einer der Gründe, warum politische Denkprozesse, das Vorbereiten hoch relevanter Entscheidungen, mehr und mehr in Beratungsfirmen ausgelagert wird. Denn dort können Sie sicher sein, dass man die Klappe hält während der Beratungen, stehen doch manifeste wirtschaftliche Interessen dahinter. Nun sind Expertise und Beratung nichts grundsätzlich Verwerfliches, ganz bestimmt nicht. Aber wenn Politik nicht mehr im Vertrauen gemacht werden kann, wenn ihr die Zeit zum Entstehen nicht mehr gegeben wird, weil der Markt und die Meinungssucher zu jeder Zeit und überall an ihr zerren, dann wird es schwer.

Und dann muss man natürlich über Fernsehen und Talkshows sprechen.

Der Politikanteil bei der Tagesschau lag nach jüngsten Zahlen bei 49%, bei „heute“ sind es 37%, bei SAT1 23% und bei RTL-Aktuell 18%. Die jeweils auf hundert fehlenden Prozente bestehen aus kommerziellem Spitzensport, Problembär Bruno und der Hochzeit von Tom Cruise.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von politischen Talkshows. Viele sehen hinter der Summe dieser Shows ein Phänomen des so genannten Post-Parlamentarismus. Eines Zustands also, in dem Politik zwar weiter existiert, aber eine ihrer Herzkammern zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung schlicht abgeschaltet ist: das Parlament.

Das Problem an den meisten dieser Talkshows ist, dass sie es mit dem Parlament vorsichtig gesagt nicht vollständig aufnehmen können. Immer, wenn sich ein Zusammenhang herzustellen droht, etwas wie ein Gespräch oder sogar eine Debatte, wird eilig das Staccato der Gegenmeinungen angeworfen – und um den Zusammenhang ist es geschehen. Diese Formate hinterlassen den Zuschauer in vollkommener Rat- und Richtungslosigkeit. Was soll er nun denken? Auf welche Argumente soll er bauen, er hat ja keine gehört? Ich habe hier ganz bestimmt keinen Rat zu erteilen, verstehe aber gleichwohl nicht, warum manche Politiker, die im persönlichen Gespräch klug, einsichtsvoll und abgewogen argumentieren können, solche Talkshows nicht ganz grundsätzlich meiden. Ich weiß nicht, wer etwas vermissen würde, und wem etwas fehlte, würde die Darstellung von Politik in Trash- und Talkformaten über Nacht eingestellt. Eine Informationskulturrevolution, sicher. Aber doch mindestens ein verlockender Gedanke.

Zumindest in dieser Hinsicht berechtigt die große Koalition zu den schönsten Hoffnungen – seit sie am Werk ist, setzt sich kaum mehr einer ihrer Spitzenvertreter in eine der Spitzen-Shows, weil man sich ja schlecht beharken kann, wenn man an sich im gleichen Garten säen möchte.

Franz Müntefering wird man nicht vorwerfen können, wenig Erfahrung im politischen Geschäft und im Umgang mit den Medien zu haben. Er hat unlängst eine Rede gehalten, in der er viel Gutes und Notwendiges für die Entwicklung einer funktionierenden politischen Informationskultur gesagt hat. Politik und Journalismus sieht er in einem Tauschverhältnis. Die Politik habe interessante Geschichten und Informationen, der Journalismus organisiere die Aufmerksamkeit. Zitat „Jeder will das jeweils andere auch haben – auf der Basis kommt man ins Geschäft.“ Eines fügt Müntefering allerdings hinzu, was für das Gelingen dieses Geschäfts ganz unabdingbar sei – ehrlich müsse es dabei zugehen, grundehrlich und allseits kenntnisreich. Man wüsste, alle hielten sich daran, auch die, die solche Forderungen erheben.

## Schlussfolgerungen

Das politische System Deutschlands ist hochkomplex und unübersichtlich. Es neigt wegen seiner diversen checks and balances zum Stillstand. Also sollten Medien nicht so tun, als sei es in Wirklichkeit ganz einfach. Das notwendige Reduzieren von Komplexität soll nicht mit Simplifizierung und Banalisierung verwechselt werden. Journalismus war und ist der Filter, durch den Politik mit ihren Botschaften in der Regel hindurch muss. Medien sollen dabei nicht in die Inszenierungsfalle tappen. Sie sollen Beobachter sein und nicht Täter. Journalismus muss sich an der Wahrheit ausrichten, sonst werden Journalisten zu Machtträgern von eigenen Gnaden. Und er soll sparsam sein mit seinen dunklen Begrifflichkeiten. Nicht alles, was eine Regierung tut, ist eine Katastrophe, das Land steht nicht unmittelbar vor dem Untergang, nicht jede Reform ist ein Monster, auch wenn sich das von einem sicheren Schreibtisch aus leicht aufschreiben lässt. Auf die Selbstheilungskraft der Medien mag ich dabei nicht vertrauen, der wirtschaftliche Druck liefert vielleicht nicht die besseren, aber allemal die stärkeren Argumente.

Also wird Politik sich nicht alles gefallen lassen dürfen. Dabei fehlt ihr zum einen gelegentlich der lange Atem, eine Diskussion bis zum Ende zu führen. Zum anderen verhindert die Eitelkeit des Politikers eine Reihe von Chancen. Welcher Abgeordnete ist denn im Sinne des Grundgesetzes Abgeordneter des ganzen Volkes? Und nicht der Abgeordnete der Apotheker, des Wahlkrei-

ses Nürnberg Nord oder des ADAC? Und auch sie, die Politiker, sollen die Botschaft wichtiger nehmen als den Boten. Sie sollen nicht alles mitmachen. Sie sollen sich keine 18 unter den Schuh drucken, und sie sollen kein Gast bei „Gute Zeiten – Schlechte Zeiten“ sein, wenn sie Kanzlerkandidat der SPD werden wollen. Botschaften und Quellen müssen sauber sein, zu Ende gedacht und kein Transportmittel von Halbgarem. Sind sie es doch, sind sie Öl ins Feuer eines bereits ausreichend überhitzten Politikbetriebes. Behauptet ist schnell etwas. Behauptetes zurückzuholen, wenn seine Falschheit erwiesen ist, ist immens viel schwerer. Irgend etwas bleibt gerne hängen.

All das sind zutiefst ethische Probleme. Politik und Journalismus tragen auf ihre je eigene Art erhebliche Verantwortung für das Gemeinwohl. Wenn wir wollen, dass das System aufhört, sich selbst zu fressen, dann müssen beide Seiten diese Probleme sehr, sehr ernst nehmen. Ich bin nicht sehr optimistisch, dass das gelingt. Aber anfangen müssen wir damit. Wenn es nicht anders geht, jeden Tag aufs Neue. Mit Exaktheit, im Kontext, präzise und, wo nötig, mit Härte. Übrigens auch gegen sich selbst. Die gebotene Geschwindigkeit muss dabei nicht zwingend die höchste sein.